



# HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN DES KANTONS BERN UNION DU COMMERCE ET DE L'INDUSTRIE DU CANTON DE BERNE

Berner Handelskammer

[www.bern-cci.ch](http://www.bern-cci.ch)  
[www.wirtschaftstermine.ch](http://www.wirtschaftstermine.ch)

## Nein zur Wiederaufnahme der kantonalen Wohnbauförderung

**Bern, 2. Dezember 2008. Der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern lehnt den Gesetzesentwurf über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots (PMG) beziehungsweise die vorgeschlagene Subventionierung gemeinnütziger Wohnbauträger ab. Mit dem vorgelegten Gesetzesentwurf soll die seit 2003 aus finanzpolitischen Gründen eingestellte kantonale Wohnbauförderung erneut aufgenommen werden.**

Mit dem Gesetzesentwurf über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots (PMG) sollen neue Rechtsgrundlagen und Instrumente für die Erhaltung und Schaffung von preisgünstigem Wohnraum geschaffen werden. Für den Bau und die Erneuerung von Mietwohnungen stehen die Instrumente der Wohnbauförderung des Bundes zur Verfügung.

Der Wohnungsmarkt im Kanton Bern funktioniert gut. Dies belegen die Leerwohnungszahlen und ein ausführlicher Bericht aus dem Jahr 2006. Einzig in den Agglomerationen Bern, Thun und Interlaken bestehen gewisse Engpässe beim Angebot an preisgünstigen Wohnungen. Obwohl in diesen Gebieten die Leerwohnungsziffer tief ist, liegen nach Ansicht des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern (HIV) keine ungenügenden Wohnverhältnisse vor. Bei einer grossen Nachfrage kann nicht automatisch eine Wohnungsnot angenommen werden. Zudem lassen sich punktuell ungenügende Wohnverhältnisse nicht durch Fördermassnahmen wirksam beseitigen.

Im Jahr 2003 hat der Grosse Rat auch wegen deren beschränkten Wirksamkeit den Ausstieg aus der bisherigen Wohnbauförderung beschlossen. Somit ist diese zur reinen Bundesaufgabe geworden. Eine erneute Doppelspurigkeit macht keinen Sinn.

Gleichzeitig soll auch das anachronistische Gesetz über die Erhaltung von Wohnraum aus dem Jahr 1975 aufgehoben werden. Ihm ist nur noch die Stadt Bern unterstellt. Der HIV begrüsst diese Aufhebung. Sie sollte allerdings in einer separaten Vorlage behandelt werden, da kein Zusammenhang mit den Massnahmen zur Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots besteht.

Für weitere Auskünfte:

Dr. Adrian Haas, Direktor HIV, Tel. 079 717 24 24